



Unser Bochum

Kommunalwahlprogramm 2025



Inhaltsverzeichnis

Grußwort von Cornelia Heitmann, unserer Kandidatin für das Amt des Oberbürgermeisters.....	3
Einleitung.....	4
Finanzen: Sparen beim Unsinn - Sinnvoll investieren - Effizienz statt Filz.....	7
Sicherheit und Stadtbild.....	9
Zuwanderung und Integration.....	12
Verkehr.....	16
Schule und Bildung.....	19
Kunst und Kultur.....	22
Wirtschaft und Arbeitsmarkt.....	24
Soziales, Familie, Jugend und Senioren.....	28
Gesundheit und Sport.....	31
Die Stadt und der Bürger.....	33

Vi.S.d.P.G: Alternative für Deutschland, Kreisverband Bochum, der Sprecher Christian Loose;
AfD-Landesgeschäftsstelle NRW, Gladbeckerstraße 5, 40472 Düsseldorf; info@afdbochum.de

Grußwort von Cornelia Heitmann, unserer Kandidatin für das Amt des Oberbürgermeisters

Liebe Bochumer Bürgerinnen,
liebe Bochumer Bürger!

Bochum: unsere Stadt mitten im Herzen des
Ruhrgebiets, wo einst Stahl gekocht und Kohle
gefördert wurde.

Wo Fleiß, Anstand und der unerschütterliche Glaube an
den eigenen Aufstieg unsere Stadt geprägt haben.



In diesem Jahr kandidiere ich für das Amt des Oberbürgermeisters, weil es mir als gebürtige Bochumerin in der Seele schmerzt, den Verfall unserer einst wunderbaren Stadt mit ansehen zu müssen.

Neben den wirtschaftlichen Herausforderungen, der Sicherheit und der Sauberkeit in unserer Stadt ist mir die Bürgernähe sehr wichtig. Ich werde daran arbeiten, verlorenes Vertrauen der Bürger in die Politik wieder herzustellen.

Mit mir wird das Rathaus wieder zu einem Haus der Bürger!

Es ist mir ein großes Anliegen, zurück zur Vernunft zu finden, zur Politik mit Sachverstand, Maß und Mitte für unsere Stadt.

Für Freiheit, für Selbstbestimmung, für unsere Zukunft und die unserer Kinder!

Glück Auf!

Ihre

A handwritten signature in black ink, which appears to read 'Cornelia Heitmann'.

Liebe Mitbürgerinnen, liebe Mitbürger,

die Kommunalwahlen 2025 in Nordrhein-Westfalen stehen im Zeichen eines tiefgreifenden gesellschaftlichen Wandels. In breiten Bevölkerungsschichten greift die Unsicherheit um sich. Heimat löst sich in globalen „Alternativlosigkeiten“ auf. In der Corona-Krise wurde die Axt an Freiheitsrechte gelegt, die wir über Jahrzehnte für selbstverständlich hielten. Der Verlust an Lebensqualität und Freiheit wird von vielen als innere Verletzung erlebt. **Die Alternative für Deutschland (AfD) ist nicht bereit, diesen Zustand widerspruchsfrei hinzunehmen.**

Bei der Kommunalwahl 2025 wird die AfD erneut in den Stadtrat von Bochum einziehen. Wir werden dort wieder unsere Stimme erheben, die Probleme beim Namen nennen und uns für das Wohl der Bochumer Bürger stark machen.

Wir wissen, dass insbesondere die finanziellen Spielräume einer Stadt wie Bochum begrenzt sind. Viele Ausgaben sind gesetzlich vorgegeben und liegen außerhalb des Einflussbereiches der Stadt.

Doch auch da, wo die Stadt Entscheidungsspielräume hat, wird viel zu viel Geld zum Fenster herausgeworfen. Nach wie vor unterliegen große Teile der für Bochum getroffenen Entscheidungen dem eingebildeten „Klimanotstand“, den alle Fraktionen mit Ausnahme der AfD für Bochum ausgerufen haben. Doch mit keiner Maßnahme, die der Stadtrat beschließt, lässt sich das globale Klima beeinflussen. Dennoch übertrumpfen sich alle anderen Parteien und Fraktionen in ihren Bemühungen, das Weltklima zu retten und die Stadt auf (je nach aktuellem Wetter) Gluthitze und Dürre oder apokalyptische Sintfluten vorzubereiten. Unsummen an Steuergeld fließen in diese „Anpassungsmaßnahmen“, die von irrationalen Worst-Case-Szenarien ausgehen. Da machen wir nicht mit.

Viel zu lange schon bescheiden sich die Bochumer mit Frank Goosens geflügeltem Wort: „Woanders ist auch Scheiße“. Es wird Zeit für die Stadt, hier ehrlich zu sich zu sein: Woanders ist nämlich oftmals weit hübscher. Woanders gibt es mehr Arbeit, mehr Grün, mehr Freizeitmöglichkeiten, mehr Aufenthaltsqualität. Wir wollen, dass sich das ändert. Wir wollen, dass Bochum zu einer attraktiven, lebendigen Stadt wird, die in Deutschland mit Aufbruch, Wissen und guter Laune identifiziert wird statt mit Niedergang und grauen Häusern. Eine Stadt, in der man auf Rationalität, Technik und harte Arbeit vertraut, um bessere Lebensbedingungen zu schaffen, statt auf Verbote und Überregulierung.

Wie gesagt, wir wissen, dass die Mittel der Stadt begrenzt sind. **Dennoch wollen wir wieder anknüpfen an die Zuversicht und Hoffnung für eine bessere Zukunft,** wie sie etwa in der

zweiten Hälfte des letzten Jahrhunderts in Bochum vorherrschte. Eine Zeit, in der Bauten wie das Planetarium entstanden, ein Heinz Kaminski in die Sterne lauschte, Bochum Avantgarde-Kunst ankaufte, Regisseure wie Peymann und Andrea Breth gerne nach Bochum kamen. Obwohl die erste Kohlekrise bereits sichtbar wurde.

Da wollen und müssen wir gemeinsam ansetzen: Die Energie der Menschen in dieser Stadt muss wieder produktiv genutzt werden. Viel zu viele Arbeitsstunden verpuffen in „Verwaltungs-Konsum“, in Bürokratie und Selbstbeschäftigung, die keinerlei Mehrwert schaffen. Wir müssen dahin kommen, dass die Energie und Arbeitszeit der Menschen wieder viel stärker gerichtet wird auf Dinge, die bleiben. Dass sie in die Schaffung von Wirtschaftsgütern, Infrastruktur, Gebäuden und Anlagen geht, statt in Marketing, Schönfärberei und wirkungslosen Hilfsangeboten der Sozialindustrie zu verrauchen.

Doch in eine gute Zukunft blicken kann man nur, wenn man sich sicher fühlt. Deshalb steht bei der AfD steht das Thema Sicherheit ganz oben auf der Agenda.

Alle Ansätze, die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger zu verbessern, müssen scheitern, wenn man, wie in der Vergangenheit, das Entstehen von Angsträumen zulässt. Wir müssen dringend der Verwahrlosung unserer Stadt durch Graffiti, Aufkleber, mangelnde Grünpflege etc. entgegenwirken. Und wir sehen Polizei und kommunalen Ordnungsdienst in der Pflicht, deren sichtbare Präsenz insbesondere in den Nachtstunden wir deutlich ausbauen wollen.

Bei und mit Neubauprojekten möchten wir endlich beginnen, die „graue Architektur“, die Bochum im Vergleich mit anderen Städten schwächt, zurückzudrängen. 75 Jahre nach der durch die Weltkriegszerstörung bedingten Architektur unter dem Motto „schnell und viel, egal wie“ wird es Zeit, dass wieder *schön* gebaut wird. Schönes kaputt zu machen, fällt Leuten viel schwerer als Hässliches.

Lassen Sie uns No-Go-Areas weiterhin verhindern. Die Politik darf sich nicht wegducken, wenn Problemviertel entstehen. Verwaltung und Polizei brauchen entsprechende Rückendeckung durch die Politik, vom Stadtrat bis zum Oberbürgermeister, um robust gegen ungute Entwicklungen vorgehen. Probleme auszusitzen, unter den Tisch zu kehren und in Sonntagsreden und an runden Tischen wegzulächeln hilft niemandem – am wenigsten denjenigen Zuwanderern, die sich liebend gerne in unsere Gesellschaft integrieren wollen: weil sie wissen, was sie hinsichtlich Freiheit und Wohlstand an ihr haben.

Am 14. September 2025 wählen Sie, liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, einen neuen Oberbürgermeister und einen neuen Stadtrat. Sie entscheiden, ob ideologiefreie und verantwortungsvolle Politik in Bochum mehr Gewicht bekommen soll.

Die folgenden Seiten zeigen Ihnen, was wir für Bochum wollen.

Dieses Programm kommt von Bochumer Bürgerinnen und Bürgern, die sich in der Alternative für Deutschland für diese Stadt engagieren. **Weil eben nichts *alternativlos* hingenommen werden muss.** Auch kein jahrzehntelang rotgrün dominiertes, festverfilztes Bochum. Wir sind die Alternative. Wir sind konservativ und liberal, wir sind rational, aber menschlich: Wir sind sozial wo es nötig ist, aber wir wollen uns nicht ausnutzen lassen.

Unterstützen Sie uns mit Ihrer Stimme. Wählen Sie für ein großartiges Bochum die Alternative für Deutschland.



Finanzen: Sparen beim Unsinn - Sinnvoll investieren - Effizienz statt Filz

Ehrlichkeit und Sparsamkeit

Im Bochumer Haushalt klaffen Löcher in der Größe des Titanic-Lecks. Mit dem nächsten Haushalt werden wir vermutlich wieder in den Nothaushalt rutschen, dann wird die Bezirksregierung in Arnsberg diktieren, was in Bochum noch finanziert werden wird. Wenn die AfD wieder im Rat vertreten sein wird, wird sie auf desolate Stadtfinanzen treffen.

Keine der aktuell im Rat vertretenen Parteien traute sich in den letzten Haushaltsberatungen wirklich, das zentrale Problem anzusprechen: Dass Bochum nämlich konstant mehr Geld ausgibt, als es hat. Das kann so nicht weitergehen. Bochum muss sparen, und Bochum muss gute Rahmenbedingungen setzen, um wieder mehr Firmen und steuerzahlende(!) Bürger anzulocken und zu halten.

Auch die Alternative für Deutschland kann kein Geld herzaubern. Aber wir werden Ausgaben Ausgaben nennen, und nicht so tun, als wäre danach das Geld noch da.

Denn das Geld, das die Stadt Bochum heute unkontrolliert für Nutzlosigkeiten ausgibt, sind die Schulden unserer Kinder und Enkel, der nachfolgenden Generationen. Denen bürdet man all die finanziellen Probleme auf, vor denen man sich selbst drücken will.

Reduktion der Stellen in der Verwaltung

Wir werden einen echten Stellenabbau in der Verwaltung erreichen. Darunter sind keine „Massenentlassungen“ zu verstehen, dies kann im Rahmen der normalen Fluktuation gehandhabt werden. Hierzu werden wir Ideologieprojekte einstellen, Berichtswesen reduzieren, und überflüssige Verwaltungsaufgaben abschaffen.

Mehr Effizienz, weniger Geschwätzpapiere in Verwaltung und Stadtpolitik

Bochum ist großartig darin, hochtrabende Leitlinien und Entwicklungspläne mit schönen Grafiken und bunten Bildern zu erstellen. Nur umgesetzt bekommt diese Stadt nichts. Wir werden jede Menge Planungsdokumente voll heißer Luft, die die Stadtentwicklung steuern, ungültig erklären und sehen die Politik für die strategische Stadtentwicklung verantwortlich, nicht Stadtplanungsbüros aus dem Parteivorfeld von SPD und Grünen.

Ausstieg aus Ideologieprojekten

Bochum beteiligt sich an allerlei Vereinen, Verbänden, Initiativen, Pilotprojekten etc., die entweder linksgrüne Ideologieprojekte ohne jeden Nutzwert für die Bürger oder ins Leere gehende Marketingkampagnen sind. Wir werden den sofortigen Ausstieg aus Projekten beschließen wie dem Schleuserschiffe finanzierenden „sicheren Hafen“, der „Charta der Vielfalt“, dem „Klimanotstand“, der „Schwammstadt“, dem „European Climate Adaption Award“ und vielem mehr.

Ausstieg aus Beteiligungen, Zweckverbänden, Vereinen

Die Stadt Bochum ist als Gesellschafterin an diversen großen und kleinen privatrechtlich organisierten Unternehmen beteiligt, ist Mitglied von Zweckverbänden und Vereinen. Manches davon ist sinnvoll, vieles ist überflüssig. Bochum muss weder einen Radiosender betreiben noch in einer Arbeitsgemeinschaft „fußgänger- und fahrradfreundlicher Städte“ mitwirken.

Abbau unnützer Ideologie-Stäbe in der Verwaltung

Trotz schlimmer Kassenlage sitzen in der Bochumer Verwaltung Menschen auf zahllosen „Beauftragten“- und „Manager“-Stellen. Wir werden all diese Stellen abbauen bzw. auf das gesetzlich vorgeschriebene Minimum zurückfahren. Dies reicht vom grundgesetzwidrigen Bereich „Gleichstellung von Mann und Frau“ über Klimaanpassungsmanager bis hin zu Leuten, die städtische Kennzahlen auf Basis der „Agenda 2030“ von UN und WEF ermitteln und endlose Powerpointpräsentationen zu diesem Berichtswerk erstellen.

Die Reduktion dieser Stellen wird auch den produktiven Bereichen der Stadtverwaltung wieder mehr Luft schaffen und helfen, effizienter zu arbeiten.

Kritische Hinterfragung zu „Mehrbedarfen“

Im typischen Zusammenspiel von Verwaltung und Politik werden geplante Kosten regelmäßig überschritten. Ebenso regelmäßig werden die Kostenüberschreitungen ohne jede Konsequenz von der Politik durchgewunken. Die Sanierung des Husemannplatzes bspw. startete 2019 mit einem Budget von etwa 4 Millionen Euro. Scheibchenweise sind wir inzwischen beim knapp vierfachen, bei 15,1 Millionen Euro angekommen! Es kann nicht länger angehen, dass sich unsere Stadtverwaltung bei Projekten dieser Größenordnung dermaßen verschätzt. Hier werden wir den Finger in die Wunde legen, auf bessere Planung und auf weniger goldene Schleifchen während der Projektdurchführung drängen.



Sicherheit wieder als öffentliche Grundpflicht begreifen

Die Polizeiliche Kriminalstatistik 2023 weist für Bochum 32.000 Straftaten aus, davon 774 Wohnungseinbruchsdiebstähle (2 pro Tag), 6.300 Fälle der Straßenkriminalität (17 pro Tag), 1.272 Gewaltdelikte (3 pro Tag), 695 Sexualdelikte (2 pro Tag), 3345 Körperverletzungsdelikte (9 pro Tag) und 1.348 Rauschgiftdelikte (4 pro Tag). Sicherheitskontrollen, Absperrsteine („Merkel-Lego“), Messerverbotzonen und ähnliche Maßnahmen sind heute leider selbstverständlicher Bestandteil öffentlicher Veranstaltungen. Die Sicherungskosten werden auf die privaten Veranstalter abgewälzt. Sie gefährden damit zunehmend die Durchführung vieler unserer traditionellen Veranstaltungen.

Sicherheit ist aber ein Grundrecht und ihre Gewährleistung eine absolute Grundpflicht des Staates. Die Sicherheit muss im Allgemeinen und immer garantiert sein, so dass Veranstaltungen wie Weihnachtsmärkte und andere Stadtfeste eben endlich wieder ohne spezifische Sicherheitsmaßnahmen auskommen.

Aufstockung des kommunalen Ordnungsdienstes

Die öffentliche Sicherheit wollen wir wieder herstellen durch bessere Bezahlung und mehr Stellen für den Kommunalen Ordnungsdienst.

Videoüberwachung an Brennpunkten

Wir werden eine Videoüberwachung in besonders belasteten Bereichen in der Innenstadt und in Wattenscheid in den Nachtstunden einrichten.

Mehr sichtbare Polizei, aber auch mehr Zivilstreifen

Vor allem werden wir die sichtbare Präsenz von Ordnungsamt und Polizei im Stadtzentrum und an anderen Brennpunkten, vor allem auch in Form uniformierter Fußstreifen deutlich erweitern. Der präsenste „Schutzmann an der Ecke“ ist unsere Antwort auf die zunehmende Unsicherheit, der sich die Bürger ausgesetzt sehen.

Gleichzeitig wollen wir verstärkt Zivilstreifen in den Nachtstunden und im Umfeld von Großereignissen einsetzen. Diese sollen spezifisch dem Anbringen von Graffiti und ähnlichem Verwahrlosungsgeschehen wieder Herr werden.

Ausbau der Sicherheitspartnerschaften

Die Zusammenarbeit zwischen Polizei und Ordnungsdienst begrüßen wir ausdrücklich; wir werden insbesondere zusätzlich die Gerichte einbinden, um zu schneller Aburteilung insbesondere kleinerer Delikte bei in flagranti erwischten Tätern im sog. „beschleunigten

Verfahren“ zu kommen. Wider die Verwahrlosung - Nur eine saubere und gepflegte Stadt lädt zum Verweilen ein.

Verwahrlosung der Innenstadt stoppen!

Den meisten Menschen ist ein schönes und lebenswertes Wohnumfeld wichtig. Bedauerlicherweise ist Bochum, vor allem im Innenstadtbereich und in Wattenscheid, nur noch mit dem Wort „verwahrlost“ zu beschreiben: Abfälle werden rücksichtslos am Straßenrand und in Hinterhöfen gestapelt, kaum eine Wand, die nicht durch Schmierereien und Graffiti verunstaltet wäre. Mit Aufklebern verunreinigte Straßenlaternen, Schilder und Ampelanlagen tragen ihr übriges bei. Inzwischen wurde ein Teufelskreis in Gang gesetzt: Aus verlotterter Umgebung folgt weniger Publikumsverkehr, daraus weniger Geschäfte, daraus Leerstand, daraus weitere Verlotterung. Doch bei den Verantwortlichen in Bochum scheint dieser Siff inzwischen als lokales Flair zu gelten („Subkultur“!).

Wir teilen diese Ansicht nicht! Wir werden Bochum auch optisch zu einem Ort machen, auf den man stolz sein kann.

Großreinemachen

Wir müssen vordringlich die Fußgängerzonen in Wattenscheid und die Innenstadt einmalig gründlich von Müll und Wildwuchs reinigen. Aufkleber auf Laternenpfählen, Mülleimern etc. müssen entfernt, Schmierereien beseitigt werden.

Null-Toleranz für Verlotterung

Nach der Grundreinigung ist konsequent Sorge zu tragen, dass dieser Zustand erhalten bleibt: Es braucht eine Null-Toleranz-Strategie, indem neu aufkommende Schäden unmittelbar durch Einsatztrupps der Stadt beseitigt werden. Wir werden diese Reinigung auch als Instrument sehen, gemeinnützige Arbeitsgelegenheiten für Asylbewerber zur Verfügung zu stellen.

Als zweite Komponente muss polizeilicher und ordnungsrechtlicher Druck auf die Milieus ausgeübt werden, die der Verwahrlosung Vorschub leisten. Graffiti-Schmierer und Laternenbekleber dürfen sich nicht länger sicher fühlen, müssen aufgegriffen und haftbar gemacht werden. Wir werden das endlich als massive Sachbeschädigung im Millionen-Euro-Bereich ernst nehmen, anzeigen und entsprechend verfolgen.

Als dritte Komponente werden wir Grundstückseigentümer in die Pflicht nehmen, ihre Fassaden sauber zu halten, Sachbeschädigungen anzuzeigen und zu beseitigen, sie aber dabei auch massiv unterstützen:

Förderprogramm für die Entfernung von Schmierereien

Für die Beseitigung von Schmierereien an Hauswänden wollen wir ein Förderprogramm auflegen, bei dem 30% der Kosten durch die Stadt übernommen werden, für das Überstreichen in „Eigenregie“ 100% der Materialkosten.

Datenbank für „Tags“

Wir werden eine öffentlich einsehbare Datenbank einzurichten mit „Tags“ von Sprayern, deren Identität durch die Polizei ermittelt wurde, damit Grundstückseigentümer, die entsprechende Sachbeschädigungen an ihren Häusern feststellen, die Adresse anfragen und einen zivilrechtlichen Schadensersatz geltend machen können.

Energischer Druck in ordnungsrechtlich auffällige Betriebe und deren Umfeld

Manche Straßenzüge und mittlerweile ganze Straßenviertel sind inzwischen durchsetzt mit Geschäftsbetrieben einer Anmutung, die sich in den Graubereich zwischen aufstrebendem Kleinunternehmertum und dem Kratzen an der Legalität einsortieren lässt. Die Bürger erleben diese Auffälligkeiten zunehmend als ausufernd und durch Ordnungsamt und Polizei im wesentlichen ungehindert raumgreifend. Sich selbst sehen sie jedoch strenger Gängelung der Behörden bei kleinsten Ordnungsverstößen ausgesetzt. Wir wollen, dass die Stadtverwaltung diesem Eindruck entgegen arbeitet und einen entsprechenden Ordnungsdruck, ggf. unter robuster Beteiligung der Polizei – auf die entsprechenden Milieus ausübt, der für die Einhaltung aller einschlägigen Vorschriften sorgt.

Hauptbahnhof wieder Aushängeschild statt Angstraum

Für viele Menschen vermittelt der Hauptbahnhof den ersten Eindruck von unserer Stadt. Aber auch viele Bürger unserer Stadt passieren den Hauptbahnhof täglich. Für das Image unserer Stadt ist es daher essenziell, den Hauptbahnhof und sein Umfeld in einem sicheren, sauberen und gepflegten Zustand zu halten. Leider hat sich an der prekären Situation im und um den Hauptbahnhof in den vergangenen Jahren nichts geändert. Die Trinkerszene am Ausgang Buddenbergplatz ist nur ein Teil des Problems. Im Umfeld des Hauptbahnhofes kommt es immer wieder zu handfesten Auseinandersetzungen, teilweise sogar zu Messerangriffen und anderen Raub- und Gewaltdelikten. Gegen diese Zustände im und um den Hauptbahnhof werden wir entschlossen vorgehen.



Bochum - eine internationale Stadt

In Bochum leben viele Menschen mit unterschiedlichen ausländischen Wurzeln, die einen positiven Beitrag für unser Land leisten und ein geschätzter Teil unseres Gemeinwesens sind. Bochum war in der Vergangenheit geprägt vom Bergbau, der Automobil- und Stahlindustrie. Zahlreiche Zuwanderer arbeiten hier hart, tragen zum Wohlstand von Stadt und Land bei, und haben oft auch eine neue Heimat gefunden. Unsere Universität zieht internationale Studenten und Forscher an, die den Standort voran bringen.

Die Migration ins Ruhrgebiet war also viele Jahrzehnte unabhängig vom Herkunftsland eine Migration in den Arbeitsmarkt und damit weitestgehend unproblematisch. Doch seit 2015 müssen wir eine gewaltige Schieflage beklagen:

Das deutsche Sozialsystem entfaltet eine enorme Sogwirkung. Deutschland und insbesondere das Ruhrgebiet sind inzwischen Hauptanziehungspunkt einer Armutsmigration aus dem Nahen und Mittleren Osten sowie aus Afrika. Unter Missachtung deutschen Rechts stehen unsere Grenzen seitdem für Jedermann auf der Welt offen. Selbst ausreisepflichtige Personen verbleiben in der Regel im Land. Dieser Zustand ist unhaltbar. Neben dem staatlicherseits zugelassenen Missbrauch des Asylrechts, leidet das Ruhrgebiet zusätzlich noch unter einer inkonsequenten Anwendung der EU-Freizügigkeit, die ursprünglich doch als Arbeitnehmer-freizügigkeit konzipiert wurde.

Die Folgen dieser dysfunktionalen Migrationspolitik für Bochum sind eine Überforderung des kommunalen Haushalts, eine signifikant ansteigende Kriminalität, eine Gefährdung der sozialen Sicherungssysteme sowie insbesondere auch eine Überlastung des Wohnungsmarktes, der medizinischen Versorgung und der Bildungseinrichtungen.

Unter diesen Verwerfungen leiden Bürger mit und ohne Migrationshintergrund gleichermaßen.

Asylbewerber für gemeinnützige Arbeiten heranziehen

Das Asylbewerberleistungsgesetz sieht Arbeitspflichten für leistungsfähige Asylbewerber vor. Bei Verweigerung erfolgt grundsätzlich nur noch ein Erhalt von Sachleistungen. Die Tätigkeiten dienen auch der Schaffung einer sinnvollen Tages- und Sozialstruktur und der Verbesserung des Selbstwertgefühls bei den Betroffenen. Wir werden dafür sorgen, dass die Stadt Bochum genügend und geeignete Arbeitsgelegenheiten für Leistungsbezieher bereithält.

Bochum liegt nicht am Mittelmeer – Deklaration als „sicherer Hafen“ beenden

Die Bundespolitik hat mit Steuermitteln massiv das illegale Einschleusen von Ausländern über das Mittelmeer befördert. Zahlreiche Kommunen – so auch Bochum – haben sich trotz fehlender bundespolitischer Zuständigkeit zum sogenannten sicheren Hafen erklärt und eine zusätzliche Aufnahme von zuvor in den EU-Raum eingeschleusten Personen geradezu eingefordert. Diese Erklärung werden wir umgehend zurückziehen.

Bezahlkarten und Sachleistungsbezug einführen

Wir werden die landesrechtliche Möglichkeit zur Einführung der Bezahlkarte umsetzen. Wo immer mit vertretbarem Aufwand möglich, werden wir allerdings den Sachleistungsbezug der Nutzungsmöglichkeit der Bezahlkarte vorziehen. Die Möglichkeit des Bargeldbezugs mit der Bezahlkarte werden wir so weit wie möglich einschränken, dem Missbrauch etwa durch „Gutscheinerwerb“ einen Riegel vorschieben.

Eindämmung und Verhinderung von Scheinehen und Scheinvaterschaften.

Missbräuchliche Vaterschaftsanerkennung ausländischer Staatsbürger und die dadurch resultierende Kostenübernahme der Lebenshaltungskosten belasten auch unsere Kommune. Wir fordern daher die Bildung einer Kommission inkl. zusätzlicher Personalstellen bei der kommunalen Ausländerbehörde zur Überprüfung von Eheschließungen, die als Verdachtsfälle für eine Scheinehe eingestuft werden.

Durchsetzung der Ausreisepflicht

Anstatt Ausreisepflichtige konsequent abzuschieben, werden auch über die kommunale Ausländerbehörde Bochum sämtliche Schlupfwinkel ausgeschöpft, den Aufenthalt dieser Personen zu verlängern bzw. zu verstetigen. Diesen Irrweg werden wir beenden. Die Erteilung einer Duldung muss die Ausnahme und nicht – wie bisher – die Regel sein.

Unionsfreizügigkeit nur für Arbeitnehmer!

Unionsbürgern, die nicht die Voraussetzungen der als Arbeitnehmerfreizügigkeit ausgelegten EU-Freizügigkeit erfüllen, ist die Freizügigkeit konsequent zu entziehen. Wir werden die Zuwanderung in unser Sozialsystem entschieden bekämpfen.

Transparenz der Migrationskosten

Zur Bestandsaufnahme kommunaler Migrationskosten fordern wir eine Offenlegung kommunaler Ausgaben, u.a. in den Bereichen Wohnungsmarkt, Kita, Schule, Gesundheitswesen, städtische Verwaltung, Wohlfahrtsverbände sowie bei diversen NGO.

Kommunale Integrationsmaßnahmen auf das gesetzliche Minimum zurückfahren

Die Integration in die Gesellschaft sehen wir als Bringschuld der Zuwanderer. Daher betrachten wir Sprachkurse grundsätzlich als einzig zu fördernde Maßnahme. Die Förderung von Organisationen und „Projekten“ der sogenannten „Zivilgesellschaft“, die von der derzeitigen migrationspolitischen Schieflage nur allzu bereitwillig profitieren werden wir beenden.

Einstellung sämtlicher Beratungsangebote der Stadt hinsichtlich Einbürgerung

Die Stadt muss die erforderlichen Bedingungen, Regelungen, Prozeduren etc. im Internet auf Deutsch öffentlich machen und das Einbürgerungsverfahren entsprechend durchführen. Darüber hinaus hat sie keinerlei Verpflichtung gegenüber Einbürgerungswilligen. Von diesen erwarten wir stattdessen Eigeninitiative. Grundsätzlich gilt: Einbürgerung ist der Endpunkt einer gelungenen Integration, nicht deren Beginn.

Orientierung der Integrationsmaßnahmen am Leitbild der Wertefundamente unserer Gesellschaft

Das uneingeschränkte Bekenntnis zu den Wertefundamenten unserer Gesellschaft auf Basis unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung, das Erlernen der deutschen Sprache, das Bestreiten des eigenen Lebensunterhalts sowie den Einsatz für die Belange der aufnehmenden Gesellschaft erachten wir als notwendige Basis für eine gelungene Integration.

Beherrschung der deutschen Sprache als Voraussetzung für die Beschulung neu zugewanderter Kinder

Zu viele neu zugewanderte Kinder werden ohne ausreichende Deutschkenntnisse eingeschult, die Schule kann so ihren Bildungsauftrag nicht erfüllen. Dieses Defizit ruiniert Bildungschancen aller anderen Schüler. Effiziente Beschulung setzt ein Mindestmaß an Homogenität voraus.

Wir werden das Schulumt so aufstellen, dass Kinder von neu zugewanderten Migranten, welche die deutsche Sprache nicht oder nicht ausreichend beherrschen, zunächst in Vorbereitungsklassen unterrichtet werden. Der Übernahme von Schülern in eine Regelklasse muss das Bestehen eines qualifizierten Tests vorgeschaltet sein.

***Mehr zur AfD in Bochum und zur Kommunalwahl?
Besuchen Sie unsere Webseite!***

www.afdbochum.de/kommunalwahl





Die AfD spricht sich für eine nachhaltige und an den Bedürfnissen der Menschen orientierte Verkehrspolitik aus. Eine ideologisch motivierte Verkehrspolitik lehnt die AfD ab. Es ist nicht Aufgabe der Politik, den Bürger zu gängeln und ihn zur Nutzung irgendwelcher Verkehrsmittel erziehen zu wollen. Wir wollen, dass die Menschen selbst entscheiden dürfen, mit welchen Verkehrsmitteln sie wann, wo und warum unterwegs sind.

Autoverkehr wieder fließen lassen

Das Auto ist für die Mehrzahl der Bochumer Bürger unverzichtbares Mittel zur Organisation ihres täglichen Lebens und für viele die einzige Möglichkeit, Beruf, Kinder, Einkaufen, Arztbesuche etc. zeitlich noch geregelt zu bekommen. Aufgabe einer Stadt ist es, den Menschen die Nutzung ihres Verkehrsmittels sinnvoll zu ermöglichen. Wir haben daher das Leitbild eines fließenden Automobilverkehrs auf dem Innenstadtring und den wichtigen Radialen.

Gängelung beenden

Rotgrüne Verkehrspolitik scheint die Gängelung der Autofahrer durch jede rechtlich mögliche Maßnahme als Ziel zu haben; auf Bochums Hauptverkehrsstraßen möchte die Stadtregierung den Autoverkehr gezielt ausbremsen; immer wieder gibt es Versuche, ein stadtweites Tempo-30 durchzusetzen. Dem stemmen wir uns entgegen.

Kommt die AfD in Verantwortung, werden wir im Gegenteil die Zweispurigkeit des Stadtrings garantieren, die Tempo-30-Schilder an der Herner Straße abbauen lassen und die Universitätsstraße zwischen Autobahn und Steinring für Tempo-70 freigeben.

Parkraum ist notwendige Infrastruktur

Wir werden die Gebühren für das Anwohnerparken von 90 Euro wieder auf 22 Euro senken und versuchen, dringend notwendige Parkplätze zurückzubringen.

Blitzer dienen der Sicherheit, nicht den Stadtfinanzen

Blitzer sollen grundsätzlich zur Sicherheit eingesetzt werden, nicht als Instrument der Haushaltssanierung. Wir werden Geschwindigkeitsmessgeräte vor Schulen und Kindergärten, vor Altersheimen und in Wohnstraßen einsetzen, statt auf Ausfallstraßen mit ideologischen Geschwindigkeitsbeschränkungen.

Gerne mehr und bessere Radwege, aber nicht auf Kosten von Parkplätzen.

Die AfD wehrt sich keineswegs dagegen, die Fahrradinfrastruktur in der Stadt auszubauen. Hier besteht Nachholbedarf. Doch dies darf nicht zu Lasten des Automobils geschehen. Heute wird Bochum vorderhand „fahrradfreundlich“ umgestaltet, in Wirklichkeit aber „autounfreundlich“ gemacht, insb. durch Wegfall von dringend benötigten Parkplätzen zu Gunsten unnötiger oder überbreiter Radwege, Trennsteinen, Abpollerungen, Blumenrabatten etc.

Manche für den Autoverkehr tatsächlich überdimensionierte Verkehrsplanung der 60er-Jahre kann sicher auf den Prüfstand. Aber eben nur da, wo es sinnvoll ist, wo ein Radweg tatsächlich benutzt würde und zwei Spuren für den Automobilverkehr aufgrund mangelnder Verkehrsdichte eben doch nicht benötigt werden.

Ende der „Schwammstadt“-Geldverschwendung beim Straßenbau

Seit einigen Jahren wird der Straßenbau in Bochum komplett dem Ideologiekonstrukt „Schwammstadt“ unterworfen. Zusätzlich zur einfachen Kanalisation, wie sie seit über hundert Jahren bewährt funktioniert, werden mit Kies und Sand gefüllte Gräben in die Straßenmitte gezogen, um hypothetische „Starkregenfälle“ der Zukunft angeblich besser bewältigen zu können. Hier wird ein eingebildetes Problem mit enormen Kosten bekämpft; Straßenbau in Bochum wird so etwa 10% teurer. Wir lehnen diesen Unsinn entschieden ab. Stattdessen werden wir das Geld in die dringend benötigte Straßen- und Brückensanierung stecken.

Elektrowahn im öffentlichen Nahverkehr beenden

Die AfD setzt sich für einen flächendeckenden, angemessen getakteten und zuverlässigen öffentlichen Personennahverkehr ein, will jedoch versuchen, das jährliche Bogestra-Defizit von 88 Millionen Euro zu reduzieren. Daher lehnen wir vor allem die in Anschaffung und Unterhalt exorbitant teuren Elektrobusse und generell die weitere ineffiziente Subventionierung von E-Mobilität beim ÖPNV in Bochum ab.

Öffentlichen Nahverkehr für alle benutzbar halten

Wir wollen die Wiedereinführung des Kurzstreckentickets und die unbedingte Beibehaltung des Papierfahrscheins - insbesondere ältere Menschen sind mit E-Ticketing-Systemen in ständig wechselnder Gestaltung vollkommen überfordert.

Miet-E-Roller haben keinen Platz

Die Miet-E-Roller, die überall auf Fußgängerwegen herumstehen, wollen wir wieder loswerden und fordern entsprechend, die Genehmigung für ihren Betrieb in Bochum auslaufen zu lassen.

Künstliche Intelligenz sinnvoll für die Verkehrssteuerung nutzen

Wenn sich Möglichkeiten ergeben, KI sinnvoll bspw. für Ampelsteuerungen oder einen automatisierten Betrieb etwa der U35 zu nutzen, stehen wir dem aufgeschlossen gegenüber.

Natürliche Intelligenz sinnvoll für die Verkehrssteuerung nutzen

Bei stark belastenden Baustellensituationen etwa am Ring werden wir in den Stoßzeiten wieder Polizisten zur Verkehrslenkung einsetzen. Unnötige Ampeln sollen nachts und zu verkehrsarmen Zeiten abgeschaltet werden.



Bildungsgerechtigkeit durch Differenzierung

Nur ein mehrgliedriges Schulsystem kann Schülern mit unterschiedlichem Leistungs- und Motivationsvermögen gute und gerechte Bildungschancen bieten.

Deshalb müssen finanzielle Mittel für den Erhalt aller Schultypen bereitgestellt werden. Eine einseitige Förderung der Gesamtschulen zulasten der Schulformen des gegliederten Schulwesens lehnen wir entschieden ab. Förderschulen mit ihren besonderen Fördermöglichkeiten müssen erhalten bleiben.

Schulen bauen und sanieren statt abreißen. Jetzt. Sofort.

Die Schulentwicklungsplanung der Stadt zeigt auf, dass in fünf Jahren (2030) in Bochum über 160(!) zusätzliche Klassenräume an weiterführenden Schulen benötigt werden, davon allein 110 an Gymnasien.

Auch an den Grundschulen fehlen in Folge von Schulschließungen in den letzten zehn Jahren etwa 40 Klassenräume. Die angestrebte Klassengröße von 23 Schülern je Klasse kann nirgendwo erreicht werden.

Wir werden daher umgehend mit Planung und Bau eines neuen, vierzügigen Gymnasiums in Bochum beginnen.

Bestehende Schulgebäude werden wir nicht abreißen, auch wenn Ersatz geschaffen wurde. Dies betrifft sowohl das alte Schulzentrum Gerthe wie den Cluster Musikschule / Gesundheitsamt, in dem schnell eine neue Gesamtschule eingerichtet werden könnte.

Wir werden weitere Mittel für Schulsanierungen bereitstellen.

Neben der Neuansiedlung wertschöpfender Arbeitsplätze ist der Neubau und die Sanierung von Schulen für uns aktuell die zentrale und dringlichste Aufgabe der Stadt Bochum! Wir dürfen nicht zulassen, dass sie weiterhin von der Stadt zugunsten von Ideologieprojekten so sträflich vernachlässigt wird.

Tabuthemen ansprechen

Lehrer wie Schüler leiden zunehmend unter bestimmten Umständen an den Schulen, die offen auszusprechen sich jedoch die wenigsten trauen. Der Lehrerberuf wird zunehmend unattraktiv. In einer Großstadt, in der sich die Probleme verstärkt zeigen, noch mehr. In einer rotgrün durchpolitisierten Großstadt wie Bochum, in der die Probleme noch nicht einmal

angesprochen werden dürfen, wenn man es sich mit den Kollegen und Vorgesetzten nicht verscherzen will, ganz besonders.

Die AfD wird die folgenden Probleme an den Schulen klar und deutlich ansprechen und bei der ständigen Umschwurbelung und Schönrederei nicht mitmachen:

- **Der hohe Anteil von Zugewanderten** unter den Schülern schlägt sich im Schulalltag massiv nieder. Insbesondere fehlt es diesen Schülern vielfach an Deutschkenntnissen. Es muss sichergestellt werden, dass alle Schüler, die an einer Regelschule unterrichtet werden, der deutschen Sprache ausreichend mächtig sind, die Sprachvermittlung darf nicht länger „nebenbei“ die Aufgabe der Lehrer sein.
- **Lehrer beklagen immer wieder fehlenden Respekt von zugewanderten Schülern gegenüber dem Lehrpersonal bzw. Mitschülern.** Wir sehen es als Bringschuld der Zuwanderer, sich der deutschen Gesellschaft gegenüber sozialverträglich anzupassen. Statt Stuhlkreisen und bunten „Schule der Vielfalt“-Programmen fordern wir daher klare Konsequenzen der Schulen bei Fehlverhalten bis hin zum Schulausschluss.
- **Der bei manchen Schülern zunehmend „schick“ werdende, offen zur Schau gestellte Islamismus, einhergehend mit Antisemitismus** und einer Verachtung der westlichen Lebensweise, von Frauenrechten und von gewaltfreier Konfliktlösung.
- **In diesem Zusammenhang die zunehmende Unsicherheit in Schulen,** auf Schulhöfen und Schulwegen, insbesondere die Angst, dass Schüler Messer mitführen und in einer Konfliktsituation auch einsetzen könnten. Wir werden allen Lehrerinnen und Lehrern den Rücken stärken, die bei solchen Fehlentwicklungen statt Kuschelpädagogik und Täter-Opfer-Umkehr konsequent die vorhandenen Sanktionsmöglichkeiten – wenn es sein muss auch bis hin zum Schulverweis – nutzen.
- **Die Inklusion von Kindern, die nicht den normal erwartbaren Lernfortschritt bringen können, in der Regelschule völlig überfordert sind und einen Großteil der Aufmerksamkeit der Lehrkraft abziehen.** Die Abordnung von Förderlehrern an die Regelschulen, Inklusionshelfer etc. sind ein Tropfen auf den heißen Stein, eine Förderung dieser Schüler, die sowohl ihnen wie den Mitschülern gerecht wird, ist an Regelschulen finanziell und personell nicht darstellbar. Diesen Irrweg werden wir beenden, die Stadt muss sich hier in der Schulentwicklungsplanung entsprechend aufstellen.

Analoges Lernen statt vorgeblicher „Digitalisierung“

„Digitalisierung“ ist zu einem Modewort geworden, einem Wundermittel, mit dem die angerichtete Bildungsmisere behoben werden soll. Doch wenn Schüler der achten Klasse zunehmend weder Rechtschreibung beherrschen, noch in der Lage sind, mit Textverständnis zu lesen, stellt Digitalisierung eher eine Ablenkung vom Problem dar als eine Lösung. Digitale Technologien können Lehrer darin unterstützen, zum Lernen zu motivieren und Lernprozesse modern zu gestalten, können aber nicht den klassischen Präsenzunterricht und die Arbeit mit Buch, Heft, Stift und Gehirn ersetzen.

Keine Digitalisierung an Grundschulen

Grundschulkinder brauchen keine von der Stadt gestellten Tablets, für die die Lehrer verzweifelt sinnvolle Anwendungsfälle suchen und die zu Hause nicht für Lernapps, sondern zum Youtube-Schauen genutzt werden. Die Millionen Euro teure Ausgabe von iPads an Grundschulkinder werden wir einstellen.

Digitale Präsentationstechnik, aber weiterhin klassische Tafeln

Filme, Apps etc. können im Unterricht wertvolle Ergänzung sein, die durch Visualisierung das Erklären von Zusammenhängen ermöglichen, die als starres Bild oder Text nur schwer vermittelbar sind; wir werden gerne Klassenräume mit entsprechender Präsentationstechnik (Großbildschirm) und einem Endgerät ausstatten, auf das die Lehrer entsprechendes Material aufspielen können und an dem die Schüler auch Eingaben vornehmen können.

Die teuren, unzuverlässigen und extrem wartungsintensiven „digitalen Tafeln“ erfüllen diese Rolle nicht. Stattdessen verdrängen sie die klassische Tafel, an der ein Schulstoff vom Lehrer „erarbeitet“ wird, zu Gunsten des Abspulens vorgefertigter Präsentationen, und bieten im Vergleich zu wenig Platz. Wir werden uns dafür einsetzen, dass sich die Stadt von diesem Ausstattungskonzept wieder verabschiedet.

Förderschulen erhalten

Die AfD befürwortet das Prinzip der gemeinsamen Beschulung von Kindern mit und ohne Behinderung, sofern dies dem Bildungsfortschritt aller(!) beteiligten Kinder zuträglich ist. Aus dem gleichen Grund hält sie aber zugleich den Erhalt paralleler Bildungseinrichtungen für unverzichtbar.

Konkret bedeutet dies, dass wir die Schulwahlfreiheit bei Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf erhalten und entsprechende Förderschulen in Bochum vorhalten werden. In Abstimmung mit den Eltern kann so für das Kind die geeignete Form der Beschulung ausgewählt werden. Das kann eine allgemeine Schule, aber auch eine Förderschule sein.



Kulturförderung ist wichtig, aber am Sparen führt kein Weg mehr vorbei

Museen, Theater und Bibliotheken sind eine Bereicherung jeder Stadt. Wir unterstützen den Kunst- und Kulturbetrieb als tragenden Bestandteil unserer bürgerlich-humanistischen Ideale. Jedoch werden die meisten Kulturangebote in der Stadt von der öffentlichen Hand getragen, zu wenig von Vereinen, Mäzenen, oder anderen Initiativen, die nicht dann doch wieder von städtischer Förderung abhängig sind. Bochum gibt schätzungsweise um die 150 Millionen Euro für die Förderung der Künste aus. Das sind etwa 10% der Gesamtausgaben der Stadt. Doch bei dem gigantischen Bochumer Defizit muss endlich auch beim Kulturbetrieb über Einsparungen nachgedacht werden – auch hier darf die Devise nicht länger „wünsch Dir was“ sein, sie muss „so isses“ lauten.

Wirtschaftliche Realitäten beim Schauspielhaus akzeptieren

Das Schauspielhaus hat mit 280 Mitarbeitern einen jährlichen Personalaufwand von ca. 22 Millionen Euro, erwirtschaftet dabei auf der Gegenseite aber lediglich 3,5 Mio. Euro im Jahr an Eintrittsgeldern und ähnlichen Erlösen. Hinzu kommen die Kosten für Gebäudeunterhalt etc., so dass das Schauspielhaus den Bochumer Haushalt geschätzt mit ca. 30 Millionen Euro im Jahr belastet. Das ist nicht länger tragbar. Es müssen daher die Kosten deutlich reduziert werden, insbesondere durch eine Anpassung des Ensembles und eine Zusammenarbeit mit anderen Häusern, um die Auslastung und damit die Wirtschaftlichkeit zu erhöhen. Außerdem sind zusätzliche Einnahmen zu generieren. Hierzu gehören auch angepasste Ticketpreise als auch durch eine verstärkte, alternative Nutzung der Immobilie, etwa als Veranstaltungs- oder Tagungsort. Wir wollen die städt. Zuschüsse mittelfristig auf unter 10 Mio. Euro pro Jahr zu begrenzen.

Aktuelle Organisation der Musikschule hinterfragen

Die Musikschule wird in der Mehrzahl von Schülern genutzt. Ein dezentraler Musikunterricht an den Schulen in Kooperation mit der Musikschule kann deshalb Synergien schaffen. Wir möchten diese Synergien heben. Die Immobilie am Westring und die zugehörige Turnhalle möchten wir wieder zu einer regulären Schule umwidmen und damit den erheblichen Mangel an Klassenräumen reduzieren. Die Organisation der Musikschule kann zusammen mit der Volksschule erfolgen, so dass auch hier Synergien gehoben werden können.

Strikte Bindung der Bochumer Symphoniker an rein musikalische Formate.

Indoktrinationsveranstaltungen wie das „Kinderumweltforum“, das nicht der Musik-, sondern der Ideologievermittlung dient, werden wir unterbinden.

Kein „Haus der Musik“

Das aktuell mit 30 Millionen Euro geschätzte Projekt (erfahrungsgemäß werden es am Ende 40 oder 50 Millionen sein), das Landesbehördenhauses zum „Haus der Musik“ umzubauen, werden wir entsprechend einstellen.

Keine weitere Fütterung des linken Vorfeldes

Wir werden die Förderung der sog. „freien Szene“ in Bochum abschmelzen und eine Klausel zur politischen Neutralität städtisch geförderter Organisationen einführen: Vereine, die kulturell aktiv sind und gefördert werden wollen, dürfen sich auch ausschließlich auf kulturellem Gebiet (Theater, Konzerte, Ausstellungen) betätigen. Werden Räumlichkeiten für andere, insbesondere politische Veranstaltungen oder Workshops bereitgestellt, wird die Förderung beendet. Die Förderrichtlinien aller kommunalen Fördertöpfe für Vereine und Privatpersonen werden wir überprüfen. Materialkostenzuschüsse für bürgerliches Engagement sind sinnvoll, hunderttausende Euro für undurchsichtige „Vernetzungssprojekte“ des Parteivorfeldes von SPD, Grünen und Linken nicht.

Denkmalschutz hat mit Denken zu tun.

Die AfD hält – bei einer konservativen Partei sollte das selbstverständlich sein – sehr viel vom Denkmalschutz. Nicht nur der Krieg, auch die Abrisswut der 1970er bis 1980er Jahren vernichtete prägende Elemente des Stadtbildes. Man denke nur an den Abbruch des Hansa-Hauses in der Innenstadt oder die Ersetzung des Stadtbades durch ein disproportioniertes Aluminiummonster. Die AfD bedauert diesen Verlust zutiefst und sieht es als dringende Aufgabe, die verbliebene historische Substanz entschlossen zu schützen – nicht nur die erhaltenen Bauten der Gründerzeit, sondern auch ausgewählte Gebäude aus den 1950er und 1960er Jahre. Für diese wollen wir ein Kataster, wir wehren uns gegen die Abrisspläne für das Musikschulgebäude am Westring.

Vermeiden wollen wir eine unbedachte Unter-Schutz-Stellung von „typischen“ Bauten der 70er- und 80er Jahre: Hustadt, Unicenter etc. sind von Vorzeige- zu Problemvierteln in Bochum geworden; Denkmalschutz darf hier nicht den langfristigen Stadtumbau blockieren.

Heimatkunde und Heimatvereine stärken

Kultur ist immer auch Anbindung an die Tradition. Junge Bürger müssen wieder mehr Wissen über unsere Heimat und ihre Traditionen vermittelt bekommen. Der vernachlässigte Heimatkundeunterricht ist auszuweiten. Vereine, die sich der Pflege der historisch gewachsenen Kultur und der Tradition widmen, werden wir gerne unterstützen.



Fördern unserer Stärken

Die AfD steht für eine wirtschaftspolitische Realpolitik. Wir setzen auf Leistung, Eigenverantwortung und regionale Stärke, frei von ideologischer Bevormundung. Wir erkennen die herausragende Bedeutung des Unternehmertums, unserer Industrie und unserem Handwerk als Rückgrat unserer Gesellschaft an. Wir werden wirtschaftsfreundliche Rahmenbedingungen schaffen, die Wachstum, Innovation und Wohlstand ermöglichen. Wirtschaftliche Betätigungen der Stadt werden wir auf die öffentliche Daseinsvorsorge begrenzen.

Mit der Ruhr-Universität Bochum, der Hochschule Bochum und der Hochschule für Medizin hat die Stadt ein großes Pfund, mit dem sie wirtschaftlich wuchern kann. Die Identifikation mit diesen Bildungseinrichtungen fehlt jedoch – Bochum ist keine gewachsene Universitätsstadt; die Ruhr-Uni liegt ab vom Schuß, ist eine Pendleruni; für Absolventen mit guten Abschlüssen bietet die Stadt zu wenig Arbeitsplätze, inzwischen sinken sogar die Studentenzahlen. Wir werden uns dafür stark machen, die Uni geistig näher an die Stadt und die Stadt geistig näher an die Uni zu rücken.

„Sonderwirtschaftszone“ Innenstadt

Wir werden besonderen Fokus darauf richten, dass die Bochumer Innenstadt wieder an Kaufkraft und Leben gewinnt. Dass „das Internet“ das Geschäftsmodell des stationären Einzelhandels kaputt mache, ist eine bequeme Ausrede. In Bochum sehen wir am brummenden Ruhrpark, dass das so nicht stimmt. Der Niedergang der Innenstädte hat andere Gründe, die sich zu einem Teufelskreis aufgeschaukelt haben, den wir durchbrechen müssen.

Kostenfreie Innenstadtparkhäuser, Erreichbarkeit sicherstellen.

Wir werden kostenfreies Parken in den Innenstadtparkhäusern für mindestens zwei Stunden einführen und diese an Freitagnachmittagen und Samstagen komplett kostenfrei machen. Wir werden sicherstellen, dass die Innenstadt von den Autobahnen aus mit dem Auto zügig erreicht werden kann.

Gestaltungssatzung zum Funktionieren bringen

Wir werden die „Gestaltungssatzung“ der Stadt Bochum so anpassen, dass Gewerbetreibende nicht über Gebühr gegängelt werden. Verkaufsstände vor den Geschäften müssen ebenso möglich bleiben wie bspw. die Nutzung von Bierbänken oder unterschiedlicher Sorten von Stühlen auf den Freisitzen von Restaurants (ja, das ist aktuell in Bochum tatsächlich verboten).

Allerdings werden wir bei den Stadtbild verschandelnden Werbetafeln insb. der großen Kaufhäuser eine härtere Gangart fahren; Wir wollen, dass Werbetafeln, Schriftzüge etc. oberhalb des Übergangs vom Erdgeschoss zum ersten Stock durchgängig aus der Innenstadt verschwinden, eben auch und gerade an den großen Häusern, deren stadtverschandelndes „Werbekonzept“ heute problemlos durchgewunken wird.

Fehlende Sauberkeit ist das Grundproblem der Innenstadt.

Wir werden ein besonderes Augenmerk auf die Sauberkeit der Innenstadt richten, die Vermüllung in den Griff bekommen und durch (bau)ordnungsrechtliches Einwirken auf die Eigentümer die Verwahrlosung von Fassaden beenden.

Kleinere Gastronomie anschieben

Wir werden die Gastronomie durch einen Verzicht auf Sondernutzungsgebühren für Restaurant-Freisitze unterhalb einer bestimmten Quadratmeterzahl fördern.

Differenzierte Hebesätze

Schließlich wollen wir, dass sich die Stadt auf Landes- und Bundesebene dafür einsetzt, Gewerbesteuerhebesätze innerhalb der Kommune nach Ort und Art des Gewerbes differenzieren zu dürfen, um die Ansiedlung von Handel und Gastronomie im Innenstadtbereich und in den Fußgängerzonen von Gerthe und Wattenscheid gezielter fördern zu können.

Tourismus und Anziehungskraft

Wir streben einen zentralen Online-Veranstaltungskalender an, der tatsächlich *alle* Veranstaltungen in Bochum aufnimmt, die bisherigen Bemühungen in dieser Richtung sind unzureichend.

Wir fordern ein Kataster aller erhaltenswerten(!) Bauten der Nachkriegsmoderne, insb. auch im Geschosswohnungsbau. Wir wollen – Finanzierbarkeit vorausgesetzt – insb. im Innenstadtbereich ein Sanierungsprogramm für die Fassaden dieser Gebäude auflegen.

Wir fordern ein Sanierungsprogramm, das Eigentümer von Gründerzeit-Häusern insb. im Innenstadtbereich unterstützt, nachträgliche Ein- und Umbauten im Erdgeschossbereich der Fassaden zurückzubauen, nach Möglichkeit auf den Ursprungszustand zurückzusetzen oder zumindest in klassischer Formensprache und Handwerkskunst der Fassade angepasst zu erneuern.

Wir unterstützen die Idee, im Bereich der Propsteikirche die Straßenverbindung von der Brückstraße zur Bleichstraße aufzugeben und hier stattdessen einen Park einzurichten. Hier liegt die Keimzelle unserer Stadt Bochum, hier gibt es noch alte Bebauung und alte Bäume, hier gibt es schon Gastronomie und wenig Verkehr, hier besteht das Potential, innenstadtnah und auf der wichtigen Verbindungsachse zu Kunstmuseum und Stadtpark eine jener

entschleunigenden und schönen Raumsituationen zu schaffen, an denen es unserer Stadt viel zu sehr mangelt.

Bauen billiger und lohnender machen

Leider total verbaut – diese Zeile in Grönemeyers Lied „Bochum“ gilt heute noch mehr wie vor 40 Jahren. Die Stadt ist das Ergebnis einer von Funktionärs- und Gremiendenke getriebenen Bauwirtschaft, die von einem Projekt zum nächsten springt und spätestens seit den 1970er Jahren die jeweils billigste und langweiligste Lösung durchwinkt. Man hat den Eindruck, dass das letzte Mal, als unsere Stadt Stadtplanung betrieben hat, die über die schon öfter erwähnten Heißluftpapiere hinausgeht, in der Wiederaufbauphase der 1950er Jahre war.

Gleichzeitig wird jede Kreativität und Schönheit beim Bauen, und immer mehr das Bauen selbst, und Bergen von Auflagen erstickt. Entsprechend baut Bochum, wenn überhaupt, einen Schuhkarton nach dem anderen. Nur dann ist für die Wirtschaft ein Neubau überhaupt noch halbwegs rentabel finanzierbar. Leider sind diese Auflagen größtenteils Landessache; die AfD setzt sich auf NRW-Ebene massiv für eine Vereinfachung und Entschlackung des Baurechtes ein.

Im Rahmen unserer kommunalen Möglichkeiten werden wir

Die „Dachbegrünungssatzung“ und Fassadenbegrünungspläne verhindern

Vorgaben zur Dach- und Fassadenbegrünung erzeugen hohen Zusatzaufwand beim Bau und bei der Erhaltung der Gebäude. Fassadenbegrünungen sind, so sehr sie eine Gebäudefassade aufwerten können, brandschutztechnisch immer kritisch und entsprechend teuer.

Keine Vorgaben hinsichtlich Solarpaneelen etc.

Gleiches gilt für Versuche, Eigentümer zum Errichten von Solaranlagen, Wärmepumpen oder ähnlichem zu zwingen. Wir werden jedem städtischen Versuch, Eigentümern bestimmte Heiz- oder Energieformen aufzuzwingen, entgegenzutreten.

Keine Sondernutzungsgebühren bei Baustellen erheben

Wird eine Baustelle eingerichtet, würde eine AfD-geführte Stadt auf entsprechende Sondernutzungsgebühren verzichten.

Blockrandbebauung bis zu fünf Stockwerken

Wir setzen uns dafür ein, im Rahmen der notwendigen Nachverdichtung im Bochumer Zentrum die derzeit übliche Begrenzung auf drei Geschosse aufzugeben und bis zu fünf Vollgeschosse mit wertiger(!) Bebauung zuzulassen, wo es beispielsweise hinsichtlich der Lichtsituation möglich ist. Nur so lassen sich von Investoren noch die notwendigen Renditen erwirtschaften.

Aktives Baulandmanagement mit neuen Grundstücken

Im Rahmen eines aktiven Baulandmanagement möchten wir mehr Bauland in Bochum schaffen. Damit auch junge Familien ihre Heimat in Bochum finden, soll dabei auch vergünstigtes Bauland an junge Familien vergeben werden.

Bei der Vergabe von Grundstücken durch die Stadt, der Entwicklung von Brachflächen etc. setzen wir uns dafür ein, dass die Stadt ihre jeweiligen Rahmenplanungen zurückschraubt und den Bauherren mehr Freiheiten einräumt.

Mietpreisbremse und Wohnraumschutzsatzung abschaffen

Die Mietpreisbremse und die gerade neu vom Rat beschlossene „Wohnraumschutzsatzung“ sind Instrumente aus der sozialistischen Mottenkiste, die dringend notwendigen Neubau und Renovierung zuverlässig verhindern. Wir werden sie für Bochum abschaffen.

Nachhaltiges städtisches Bauen

Städtisches Bauen heute hat eine Lebensdauer von gerade mal 40-50 Jahren: Während das Rathaus Bochum seit 90 Jahren steht und nach der erfolgten Sanierung sicher weitere 90 Jahre stehen wird, kann man das 40 Jahre alte technische Rathaus und das Bildungs- und Verwaltungszentrum nur noch abbrechen. Wir werden bei städtischen Bauprojekten verstärkt wieder auf „klassische“ Baumaterialien und Bauformen zurückzugreifen. Wir werden auf Architekten setzen, die Erfahrung im konservativen, klassischen Bauen haben und alle neu gebauten städtischen Gebäude auf eine Lebensdauer von mindestens 150 Jahren auslegen. Beim dringend notwendigem Schulneubau gehen wir bei Grundschulen(!) auch bei Modulbauweise mit, sonst nicht. Für weiterführende Schulen wollen wir qualitativ hochwertige „klassische“ Bauten, für die gute Architekten verantwortlich zeichnen müssen. Hier werden mehrere Generationen Bochumer ihre Jugend verbringen, die Bauten werden Stadtviertel entscheidend prägen. Hier muss trotz notwendiger Geschwindigkeit unbedingt hochwertige Architektur geschaffen werden.



Wesentliche Auf- und Ausgaben der Stadt sind hier durch Landes- und Bundesgesetze vorgegeben. Die Stellschrauben, an denen wir aber drehen können, sind die folgenden:

Orte des Zusammenlebens und der Begegnung besser organisieren

Eine Großstadt braucht Gelegenheiten, bei der Menschen neue Bekanntschaften schließen können. Dies sind neben den Sport- und anderen Vereinen vor allem auch städtische Fortbildungseinrichtungen, die niederschwellige Angebot für alle Altersstufen und alle sozialen Schichten anbieten. In Bochum sind hier in erster Linie die Volkshochschule und die Familienbildungsstätte zu nennen. Gleichwohl kann auch hier die finanzielle Situation der Stadt nicht vollkommen unberücksichtigt bleiben. Wir werden mit folgenden Maßnahmen die Kosten in den Griff bekommen, ohne das Angebot merklich zu verringern:

Zusammenlegung der Familienbildungsstätte und Verwaltung der Musikschule mit der Volkshochschule.

Die Räumlichkeiten in der Zechenstraße sollten aufgegeben werden, die Kurse in das neue und besser erreichbare Haus des Wissens verlegt werden (das Raumprogramm sollte dafür dort ausgelegt sein).

Wir werden den organisatorischen Betrieb der Musikschule und der Familienbildungsstätte, insb. für Kursbuchungen, Abrechnung mit freien Lehrkräften etc. durch die VHS abwickeln lassen. Es ist nicht ersichtlich, warum die Stadt hier drei Organisationseinheiten mit fast identischem Aufgabenbereich vorhält.

Wir werden das städtischen Engagement auf das Schaffen der organisatorischen Rahmenbedingungen für von freien Mitarbeitern abgehaltenen Kursen beschränken, einschließlich deren zentraler Buchung und Abrechnung. Mittelfristiges Ziel wäre, festangestellte Lehrer durch die Stadt nur noch für Alphabetisierung und das Erreichen von Schulabschlüssen zu beschäftigen.

Preisanpassungen bei konkurrierendem freien Markt

Wir werden die Kurspreise auf das Niveau vergleichbarer Anbieter auf dem freien Markt anpassen, insb. in Bereichen, in denen Familienbildungsstätte und VHS kleinen Unternehmensgründungen im Fort- und Weiterbildungsbereich oder Körperarbeit (Yoga, Pilates etc.) heute öffentliche Konkurrenz machen. Die Ermäßigungen um bis zu 70% für SGB-II Bezieher etc. wollen wir beibehalten.

Politische Neutralität der Jugendhilfe wiederherstellen

Neutralität der Jugendtreffs

Wir werden die politische Neutralität in städtisch finanzierten Jugendtreffs wieder herstellen, wo zurzeit von der Stadt bezahlte, linksideologische Sozialarbeiter mit ihrer politisch unausgewogenen Haltung andersdenkende Jugendliche abschrecken und teilweise systematisch benachteiligen. Jugendliche müssen dort unabhängig von ihrer Weltanschauung willkommen geheißen werden. Offene, angstfreie Treffpunkte außerhalb der Schule oder des Elternhauses sind für Jugendliche wichtig, um realen Austausch und soziale Kontakte mit Gleichaltrigen und ein Wachsen auch in selbstgewählten Gruppen außerhalb des Schulbetriebs zu ermöglichen.

Ende der Förderung der „Falken“

Die „Sozialistische Jugend Deutschland – Die Falken“ ist eine linksradikale, der SPD nahe stehende Jugendorganisation. Sie versteht sich – siehe ihr „Pädagogisches Selbstverständnis“¹ – explizit als eine Organisation, die die von ihr betreute Jugend an den Sozialismus heranführen und das „kapitalistische System zerschmettern“ will. Die von ihr getragenen „Falkenheime“ stehen entsprechend der „Antifa“ extrem nahe, jener Gruppierung, die mit martialischen Auftritten, Sachbeschädigung und gewaltverherrlichenden Parolen alle Menschen bekämpft, die sich einem neuen Sozialismus in den Weg zu stellen versuchen.

Die Stadt Bochum fördert insb. mit Programmen im Bereich der Jugendarbeit die „Falken“ mit mehreren hunderttausend Euro im Jahr. Wir werden diese Förderung beenden.

Politische Neutralität bei Organisationen der freien Jugendhilfe

Wir werden eine Selbstverpflichtung zum politisch neutralen Verhalten für alle anderen Organisationen im Bereich der freien Jugendhilfe einfordern, die eine Förderung nach § 74 SGB VIII durch die Stadt erhalten wollen.

Kindergartenkinder Kinder sein lassen

Die AfD wird alles dafür tun, die Politisierung der frühkindlichen Bildung zu stoppen. Genderideologie, Klima-Hysterie und Frühsexualisierung haben in einer KiTa nichts zu suchen! Wir werden die Träger der Kitas diesbezüglich an die kurze Leine nehmen.

¹ <https://www.wir-falken.de/de/e/dct/5041/download>

Streichung der Hundesteuer

Die Stadt Bochum erhebt mit 168 Euro für den ersten Hund nach Hagen die derzeit zweithöchste Hundesteuer in NRW. Zahlreiche Kommunen bewegen sich hier in einem Bereich zwischen 40 und 60 Euro. Der Bund der Steuerzahler bewertet diese Bagatellsteuer generell als nicht mehr zeitgemäß und fordert ihre Abschaffung, da der Verwaltungsaufwand für ihre Erhebung und Kontrolle hoch ist und sie keinen nennenswerten Beitrag zur Sicherung der Kommunalfinanzen leistet. Dieser Einschätzung schließen wir uns ausdrücklich an: Wir werden die Hundesteuer in Bochum abschaffen. Die Anmeldepflicht für große (und ggf. gefährliche) Hunde beim Ordnungsamt halten wir dagegen für sinnvoll und die derzeitige Verwaltungsgebühr in Höhe von 25 Euro für angemessen.



Ambulanzen für Ausländer ohne dauerhafte Aufenthaltserlaubnis

Sorge macht uns die ärztliche Versorgung und der Pflegenotstand der ambulanten Dienste (Altenpflege) die sich auch in Bochum massiv verschlechtert. Arzttermine, insbesondere auch bei Fachärzten, sind kurzfristig kaum zu bekommen, ein Wechsel der Hausarztpraxis ist riskant.

Wir werden die Belastungen, welche die Zuwanderung auf das Gesundheitssystem ausübt, im Rahmen des gesetzlich Möglichen reduzieren.

Dazu werden wir den Spielraum, den das Asylbewerberleistungsgesetz Städten gibt, in Abstimmung mit dem Land nutzen, um die eingeschränkte medizinische und zahnmedizinische Grundversorgung von Asylbewerbern und ausreisepflichtigen Personen zentral in der Erstaufnahmeeinrichtung Bochum anzubieten und dort ein ambulantes Zentrum als primäre Anlauf- und Behandlungsstelle für diesen Personenkreis aufzubauen.

Auf diesem Weg werden wir die niedergelassenen Arztpraxen entlasten.

Ärztliche Terminvergabe entdigitalisieren

Die untere Gesundheitsbehörde soll im Rahmen ihrer Möglichkeiten (so viele hat sie nicht) darauf hinwirken, dass die Terminvergabe insb. bei Fachärzten auch rein telefonisch und ggf. durch persönlich vorbeigebrachte Unterlagen möglich ist. Es muss ausgeschlossen werden, dass Termine bei Bochumer Fachärzten nur über Online-Portale, Apps auf Mobiltelefonen oder ähnliche Konstrukte zu erhalten sind, mit denen zu viele alte Menschen überfordert sind.

Aufgabe des „Bochumer Modells“

Wir werden uns dafür einsetzen, das seit Jahrzehnten in der Kritik stehende „Bochumer Modell“ aufzugeben, das statt eines Universitätsklinikums die Mediziner Ausbildung an zusammenarbeitenden „normalen“ Krankenhäusern vorsieht, und wollen die Fortentwicklung einer der Bochumer Kliniken zu einer echten Universitätsklinik mit Hochleistungsmedizin und organisatorischer Einbindung von Land, Universität und medizinischer Fakultät. Die Stadt soll hier in entsprechende Verhandlungen mit Universität, Land und LWL eintreten.

Corona-Aufarbeitung auch in Bochum

Wir werden auch für Bochum eine politische Aufarbeitung der Corona-Maßnahmen durchführen, mit besonderem Focus auf übergreifige Allgemeinverfügungen und den auf die Mitarbeiter der Stadt aufgebauten „Impfdruck“.

Sportgeräte in Parks

Wir werden in großen Parks und in jedem Bochumer Bezirk feste, vandalismussichere und öffentlich zugängliche Sportgeräte aufbauen. Hiermit wollen wir die Bewegung im Freien insbesondere für Menschen ohne Zugang zu Fitnessstudios fördern, um das Stadtbild aufzuwerten, der öffentlichen Gesundheit und Fitness Vorschub zu leisten und niedrigschwellige Angebote für alle Altersgruppen sowie soziale Begegnungsorte für die Bochumer Bürger zu schaffen.

Sportmessen an weiterführenden Schulen

Wir werden regelmäßige Veranstaltungen an weiterführenden Schulen organisieren, bei denen sich Sportvereine in den Schulen vorstellen, ihre Angebote präsentieren und zur aktiven Teilnahme einladen können. Ziel soll es sein, den Kontakt zwischen Jugendlichen und lokalen Vereinen frühzeitig herzustellen, sowie verschiedene Sportarten durch praktische, interaktive Mitmach-Angebote vorzustellen.

Incentives für Jugendtrainer

Sportvereine leiden massiv darunter, für Jugend- und Kindersport keine Trainer mehr zu finden. Wir setzen uns dafür ein, als kleinen Anreiz für Jugendtrainer diesen eine kostenfreie Dauerkarte für den ÖPNV in Bochum zur Verfügung zu stellen, die unbürokratisch über die Vereine ausgegeben werden kann.

Die Stadt und der Bürger



Die Stadt muss dem Bürger dienen – nicht umgekehrt. In einer Zeit, in der Verwaltungen zunehmend auf digitale Prozesse setzen und politische Sprachregelungen immer stärker in den Alltag eingreifen, treten wir für ein freiheitliches, verständliches und analog zugängliches Miteinander zwischen Stadt und Einwohner ein. Niemand darf aus dem öffentlichen Leben ausgeschlossen werden, nur weil er kein Smartphone nutzt oder sich einer politisch motivierten Sprachideologie nicht beugt. Bochum braucht eine Verwaltung, die allen Menschen dient – unabhängig von Technikaffinität oder politischer Haltung. Wir setzen uns für den Schutz des Bargelds, die Freiheit analoger Zugänge, eine klare und verständliche Amtssprache sowie für eine nach außen getragene Symbolik ein, die den gesellschaftlichen Zusammenhalt fördert statt spaltet.

Recht auf analoges Leben

Wir werden sicherstellen, dass alle Leistungen der Stadt und angeschlossener Unternehmen gegenüber Privatpersonen, auf analogem Wege, das heißt ohne Nutzung eines Smartphones oder anderer elektronischer Ausweisgeräte erreichbar sind und bar oder per Banküberweisung bezahlt werden können. Dies gilt auch für Kleinstentgelte der Stadt (Parkhäuser etc.), einen Aufschlag für Barzahlung akzeptieren wir hier aber.

Besuche in städtischen Ämtern, Bürgerbüros, KFZ-Zulassungsstellen etc. werden wir wieder auch ohne vorherige Terminbuchung ermöglichen, wenn auch gegebenenfalls unter Inkaufnahme längerer Wartezeiten. Entsprechende Reservekapazitäten muss die Stadt bei der Terminvergabe berücksichtigen.

Wir werden sicherstellen, dass der ÖPNV weiter mit Papiertickets, ohne die Notwendigkeit elektronischen Checkin/Checkouts über Handy-Apps, nutzbar bleibt. Dies darf nicht über ein Preismodell konterkariert werden.

Gendersprech beenden

Circa 75% der Deutschen lehnen Umfragen zufolge das „Gendern“, das krampfhaft textuelle „Sichtbarmachen“ von Frauen und allen, die nicht wissen, ob sie Männlein oder Weiblein sein wollen, ab. Wir sind der Meinung, dass niemandem eine umständliche und unverständliche Sprache aufgezwungen werden darf, die lediglich als Unterwerfungsgeste unter den woken Mainstream dient. Für Menschen mit fehlenden Sprachkenntnissen oder eingeschränktem Sprachverständnis sind solche Texte schwierig, für die Klarheit rechtlich bindender Formulierungen sind sie kontraproduktiv, für sehbehinderte, Braille-Zeilen nutzende Menschen ein Ärgernis, und für die Schönheit unserer Sprache eine Beleidigung.

Wir werden die Außenkommunikation der Stadt und auch die interne städtische Kommunikation wieder auf die Standardsprache zurückführen und bei formalen/rechtlich bindenden Dokumenten, Ratsvorlagen etc. auf klare Formulierungen achten.

Deutschlands Farben sind schwarz, rot und gold. Wir werden sie wieder wehen lassen.

Und schließlich, ein letztes: Unsere Stadt und unser Land braucht vor allem eines: Das Engagement aller Bürger für ihre Belange und die Einsicht, dass wir alle im selben Boot sitzen und auch mit unterschiedlichen politischen Einstellungen eine Gemeinschaft sind, miteinander auskommen und unterschiedliche Interessen berücksichtigen müssen.

Wir befinden uns in einer der schwersten Krisen seit Gründung der Bundesrepublik. Wir brauchen endlich wieder Politik für die breite Mehrheit, statt Politik für die Partikularinteressen identitärer oder sexueller Minderheiten. Diese Politik braucht auch Symbole und vielleicht auch ein bisschen Pathos.

Die Farben des Regenbogens werden wir wieder unseren Kindern zurückgeben, denen man sie gestohlen hat. Die Farben unserer Nation dagegen sind schwarz, rot und gold. Wir werden dafür sorgen, dass die Bundesflagge gemeinsam mit den Farben des Landes NRW und der Stadtflagge Bochums wieder regelmäßig am Rathaus, an öffentlichen Gebäuden und vor allem vor Schulen wehen wird.

Denn mit uns hat unser Bochum und unser Deutschland eine Zukunft. Wählen Sie uns.



WÄHLEN GEHEN

+ Das Land von unten nach oben erobern +

Ihre Stimme zählt, auch bei der Kommunalwahl in NRW!

- Oberbürgermeisterin
- Stadtrat
- Bezirksvertretung
- RVR Ruhrparlament
- Integrationsausschuss

Demokratie beginnt unten, in Ihrem Stadtteil, in Ihrer Heimat, in Ihrem Wahllokal, mit Ihrer Stimme für Ihre **Alternative für Deutschland**.

JETZT SPENDEN

www.afdbochum.de/mitmachen

AfD Kreisverband Bochum

Bank: Sparkasse Bochum

IBAN: DE41 4305 0001 0001 5744 41

BIC: WELADED1BOC

Bitte geben Sie im Verwendungszweck Ihre Adresse an, damit wir Ihnen eine Spendenquittung zukommen lassen können.

Fragen? Kontaktieren Sie uns:

Telefon/Whatsapp: 0157 5367 1972

E-Mail: info@afdbochum.de

AfD
Kreisverband
Bochum

